

newsletter*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Liebe Genossin, lieber Genosse,

am vergangenen Sonntag wurde unser Kandidat Joachim Gauck zum Bundespräsidenten gewählt. Es ist gut, dass auch Union und FDP inzwischen erkannt haben, dass Gauck der richtige Kandidat ist. Das hätten sie zwar schon vor zwei Jahren sehen können, aber nun bin ich sicher, dass die Bundesversammlung den Mann ins Amt gewählt hat, der das Vertrauen zurückgewinnen wird, das durch Christian Wulff verloren gegangen ist. Gauck wird nicht immer der Meinung von uns Sozialdemokraten sein, aber genau das ist es ja auch, was ihn für uns zum richtigen Kandidaten macht: ein unabhängiger, kritischer und offener Geist, der sich nicht instrumentalisieren lässt. An dieser Stelle noch einmal: Herzlichen Glückwunsch, lieber Joachim Gauck!

Interfraktionell haben wir am Donnerstag auf maßgebliche Initiative unseres Fraktionsvorsitzenden Frank-Walter Steinmeier einen Gesetzesentwurf zur Novellierung des Transplantationsgesetzes ins Plenum eingebracht. Der Gesetzesentwurf hat das Ziel, mehr Organspender zu gewinnen. Deshalb sollen sich alle Bürgerinnen und Bürger regelmäßig mit der Frage ihrer Bereitschaft zur Organspende befassen, möglichst eine Entscheidung treffen und sie dokumentieren. So sollen die privaten und gesetzlichen Krankenkassen ihre Mitglieder alle zwei Jahre und nach Einführung der elektronischen Versichertenkarte alle fünf Jahre zu ihrer Spendebereitschaft befragen. Das wäre eine wichtige, soziale Errungenschaft.

Durch die gute konjunkturelle Entwicklung sollen die Überschüsse bei den gesetzlichen Krankenkassen und dem Gesundheitsfonds bis 2013 auf 20 Milliarden Euro steigen. Wir wollen, dass die Versicherten etwas davon zurückerhalten. Daher fordern wir, auf die 10 Euro Praxisgebühr pro Quartal zu verzichten. Das haben wir in einer Aktuellen Stunde deutlich gemacht.

Am Freitag feierten die Frauen vor dem Brandenburger Tor „Silvester“. Denn das war der Equal Pay Day, an dem sie das durchschnittliche Jahreseinkommen erreicht haben, das die Männer schon am Ende des letzten Jahres verdient hatten. Diese Tatsache zeigt, dass es immer noch eklatante Lohnunterschiede von Frauen und Männern in Deutschland gibt. Wir haben bei der zentralen Kundgebung am Brandenburger Tor gemeinsam mit dem DGB und dem Deutschen Frauenrat unter dem Motto „Recht auf mehr!“ ein Zeichen gesetzt.

Mit herzlichen Grüßen

deine Petra Ernstberger

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB,
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

REDAKTION UND TEXTE STEFAN HINTERMEIER, DR. ALEXANDER LINDEN, ANJA LINNEKUGEL,
DR. TILLMAN LÖHR, MAXIMILIAN MATTHIES, JOHANNA TIGGES
TELEFON (030) 227-510 99 / E-MAIL REDAKTION@SPDFRAKTION.DE

REDAKTIONSSCHLUSS: 23.03.2012 13.00 UHR

Inhaltsverzeichnis

02 Bundesversammlung	11 Ehegattennachzug: Spracherwerbspflicht erst im Inland
03 Gauck wird ein guter Bundespräsident	11 Bundeswehr: Moderne Betreuungskommunikation im Einsatz
04 Bundestag debattiert Novelle des Transplantationsgesetzes	12 Höhere Mobilität von jungen Menschen
06 Aktuelle Stunde: Praxisgebühr abschaffen	13 Kleingruppenhaltung von Legehennen nicht artgerecht
07 Lohngerechtigkeit für Frauen	13 Projekt Weltwärts mehr unterstützen
08 Verbraucherpolitische Leitlinien	14 Offener Dialog mit Ungarn
09 Finanzmarktwächter bei Verbraucherzentralen	15 Versöhnungsinitiative mit Namibia
10 Behindertenrechtskonvention effektiver umsetzen	16 Steinmeier in Italien

BUNDESVERSAMMLUNG

Herzlichen Glückwunsch! Joachim Gauck ist neuer Bundespräsident

Am Sonntag, 18. März, um 14.20 Uhr ist der ostdeutsche Protestant Joachim Gauck von der Bundesversammlung zum neuen Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt worden. Gauck erhielt 991 von 1228 gültigen Stimmen, das entspricht knapp 80 Prozent der Stimmen. Der 72-jährige evangelische Theologe und ehemalige Leiter der Stasi-Unterlagen-Behörde ist damit der elfte deutsche Präsident.

Nach seiner Wahl sagte Joachim Gauck im Plenum: „Was für ein schöner Sonntag!“ Er erinnerte an die einzigen freien Wahlen in der DDR, am 18. März 1990. „Zum ersten Mal in meinem Leben im Alter von 50 Jahren durfte ich in freier Wahl abstimmen“, sagte Gauck. Er habe sich damals gesagt: „Ich werde niemals eine Wahl versäumen.“ Er stellte klar: „Ich kann mich nicht denken ohne Freiheit, aber auch nicht ohne die Praxis der Verantwortung“. Es sei beglückend, wieviele Menschen ihn zuvor ermutigt hätten, sich dieser Wahl zu stellen. Er werde nicht alle Erwartungen erfüllen können – aber: „Ich sage Ja mit dem Herzen und mit allen meinen Kräften zu dieser neuen Verantwortung.“ Er wolle sich nun auf neue Themen und Personen einlassen. „Ich will eine lebendige Bürgergesellschaft!“

Kümmern um Werte wie Freiheit und Demokratie

Unmittelbar vor der Wahl kamen die Wahlmänner und Wahlfrauen der SPD zu einer gemeinsamen Fraktionssitzung im Otto-Wels-Saal zusammen. Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier hatte zuvor geäußert, dass Joachim Gauck einen Lebenslauf vorweise, der zeige, dass Werte wie Demokratie und Freiheit nicht bleiben, wenn die Menschen sich nicht kümmern.

Hans-Jochen Vogel sagte zu spdfraktion.de vor der Wahl: „Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass Joachim Gauck seit 2003 Vorsitzender des von mir gegründeten Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie ist.“ Damit sei auch allen Kritikern das Fundament entzogen, die behaupteten, Gauck, interessiere sich zu wenig für Themen wie Rechtsextremismus.

Zeichen für junge Leute

Die jüngste Wahlfrau der SPD, die 19-jährige Katharina Digel, sagte, dass sie froh sei, dass mit ihrer Aufstellung auch Jüngere berücksichtigt würden. „So kann man ein Zeichen setzen und auch die jungen Leute erreichen, die sich sonst nicht für Politik interessieren“, sagte Digel.

Der Schauspieler Jan Josef Liefers, Wahlmann der SPD-Sachsen, zeigte sich gegenüber spdfraktion.de erleichtert und froh über den Vorschlag, Gauck zum Präsidenten zu wählen. Liefers: „Ich kann sagen, ein Teil von mir wird mit Joachim Gauck Bundespräsident“.

„Es ist gut, dass er überparteilich ist“

Die Schauspielerin Senta Berger, entsand von der SPD-Bayern, erklärte, dass sie an Gauck besonders das „Widerborstige“ schätze. „Es ist gut, dass er überparteilich ist“, sagte sie. Mit Blick auf die Vorwürfe, er sei mit seinem Freiheitsbegriff zu einseitig, stellte Berger klar: „Wer sein halbes Leben das Lied singen musste, 'die Partei, die Partei, die Partei hat immer recht', für den ist natürlich der Freiheitsbegriff das Wichtigste“; das sei auch kein Problem. Niemand habe Grund, Gauck skeptisch zu beurteilen.

Der Komiker Ingo Appelt, schon seit vielen Jahren für die SPD aktiv, klärte augenzwinkernd auf, dass er bereits sein präsidiales Outfit mitgebracht habe, falls Joachim Gauck durchfalle. „Ich stehe zur Verfügung“, sagte er. Auch Appelt begrüßte, dass Gauck von fast allen gewählt wurde. „Er braucht sich darum nicht im Stich gelassen fühlen wie Horst Köhler, das wird ihm viel Kraft geben.“ Vor allem habe Gauck Humor, „der kann auch über eigene Fehler lachen, der wird sich nicht vor den Karren spannen lassen“, so Appelt.

Nach der Wahl schloss Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) die Sitzung mit einem Seitenhieb auf die zügige Organisation der Bundesversammlung: „Demokratie kann anstrengend, aber sie kann auch sehr effizient sein“.

Steinmeier: „Gauck wird ein Bundespräsident, der dem Land guttut“

Joachim Gauck wird die Würde des Amtes schnell wieder herstellen, ist sich SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier sicher. Gauck sei ein „Demokratielehrer“, wie er ihn sich nicht besser vorstellen könne, sagte Steinmeier am vergangenen Samstag zum Auftakt der Fraktionssitzungen der SPD in der Bundesversammlung. Joachim Gauck sei „der richtige Präsident zur richtigen Zeit am richtigen Ort.“

Der Auftakt zur Wahl des Bundespräsidenten begann bereits am Samstag Nachmittag. SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier lud die Wahlfrauen und Wahlmänner der SPD in den Fraktionssal der Bundestagsfraktion ins Reichstagsgebäude ein. Hier fand eine Fraktionssitzung statt, zu der auch Joachim Gauck eingeladen war. Die 332 Delegierten, darunter prominente Persönlichkeiten wie die Schauspieler Senta Berger und Jan Josef Liefers, der Komiker Ingo Appelt, die Sportlerin Verena Bentele, die Gewerkschafter Michael Sommer und Berthold Huber und weitere Vertreter aus Wissenschaft und Kultur, begrüßten ihren Bundespräsidentenkandidaten Gauck mit großem Beifall.

Vor der Presse sagte Frank-Walter Steinmeier, dass es vor zwei Jahren noch keine Gewissheit gab, ob Joachim Gauck gewählt wird; diesmal sei die Zustimmung einer breiten Mehrheit ihm sicher. Er freue sich, dass die Zahl der „bejahenden Fraktionen“ gestiegen sei. Er sei sicher, Gauck ist „der richtige Präsident zur richtigen Zeit am richtigen Ort“. Er könne vor allem junge Menschen überzeugen, wie wertvoll und wichtig Demokratie sei, Gauck sei ein „Demokratielehrer“.

Die Erfahrungen mit Gaucks Vorgänger spielten nun keine Rolle an diesen Tagen, so Steinmeier; alle hätten dazugelernt. Gauck rede den Menschen nicht nach dem Munde, auch die SPD werde sich womöglich „an ihm reiben“ – aber gerade deshalb sei Joachim Gauck der richtige Präsident.

Joachim Gauck in der SPD-Fraktion

Als Gauck in die Sitzung der SPD-Delegierten kam, sagte Steinmeier, der Moment erfülle ihn und die SPD-Fraktion mit Ehre und Stolz. Joachim Gauck sagte zu den Delegierten, dieser Moment sei eine „bewegende Begegnung“. Die enorme Zustimmung berühre ihn tief.

Gauck redete etwa zehn Minuten vor den Wahlmännern und Wahlfrauen der SPD. Er wies darauf hin, dass die Wahl für ihn keine Selbstverständlichkeit sei. Manche hätten ihm vorgehalten, er sei ein Naivling, weil er einen verengten Freiheitsbegriff habe. Das stimme jedoch nicht. Sein Freiheitsbegriff sei die „Freiheit zu etwas und für etwas“. Das sei nicht die Freiheit des Stärkeren. „Ich möchte ein Land, in dem Menschen, die unglücklich aufgewachsen sind, es bis zum Regierungschef schaffen können.“

Festliche Einstimmung auf den Wahlsonntag

Um 19 Uhr begann im Kulturzentrum Goya im Berliner Stadtteil Schöneberg der Empfang der SPD zur Einstimmung auf die Wahl am Sonntagmittag. Unter lautem Jubel rief Frank-Walter Steinmeier den mehr als 800 Gästen zu, dass nun ein Bundespräsident ins Amt komme, der dem Land guttue. „Das wollen wir feiern.“ Es sei den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten immer bewusst gewesen, dass Gauck kein Sozi sei. „Aber er ist der richtige, die Würde des Amtes wiederherzustellen.“

Steinmeier begrüßte unter anderem Hans-Jochen Vogel auf der Bühne, der gestand, bei den letzten drei Bundespräsidentenwahlen nicht dabei gewesen zu sein, aber nun habe er sich das nicht entgehen lassen wollen. Er lobte Gauck, weil der die Parteien nicht schmähe. In den Saal rief er: „Nun hört dem Gauck aber auch zu!“ Anschließend feierten die Delegierten und Gäste gemeinsam.

GESUNDHEIT

Organspende: Bundestag debattiert Novelle des Transplantationsgesetzes

Nach Initiativen von SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier und einem Jahr intensiver Verhandlungen haben sich alle Fraktionen im Deutschen Bundestag auf eine Neuregelung des Transplantationsgesetzes geeinigt. Damit soll die Lücke zwischen den Personen, die grundsätzlich einer Organspende offen gegenüberstehen (75 Prozent) und denen, die über einen Spenderausweis verfügen (25 Prozent), verkleinert werden. Denn Deutschland braucht mehr Organspender. 12.000 Menschen warten in Deutschland auf ein Spenderorgan. Nach wie vor sterben jährlich 1000 Menschen in Deutschland, weil für sie kein Spenderorgan zur Verfügung steht.

Am 22. März hat der Bundestag dazu in 1. Lesung einen fraktionsübergreifenden Gruppen-Entwurf (17/9030) und einen Regierungsentwurf zur Änderung des Transplantationsgesetzes (Drs. 17/7376) beraten. Durch regelmäßige und gezielte Informationen sollen die Bürgerinnen und Bürger dazu gebracht werden, eine Entscheidung zur Organspende zu treffen und sie auch zu dokumentieren.

Vergebliches Warten auf Spenderorgan kostet Leben

SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier erinnerte in der Debatte an Claudia Kotter, die Initiatorin und Gründerin des Vereins „Junge Helden“, der über Organspenden aufklärt. Sie hatte lange und schließlich vergeblich auf eine neue Lunge gewartet. Claudia Kotter habe eindringlich beschrieben, was ihr die Kraft für das Warten auf ein Spenderorgan gab, sagte Steinmeier: Das Zusammensein mit Familie und Freunden und Freude am Leben. Und sie habe gesagt: „Nicht der Mensch, der nicht spenden will, ist ein schlechter Mensch, sondern der, der sich keine Gedanken macht.“ Claudia Kotter musste im Juni 2011 im Alter von 30 Jahren sterben, weil sich für sie kein Spenderorgan fand.

Politik nimmt Verantwortung ernst

Wer ein Spenderorgan erhalte, bekomme ein neues Leben geschenkt, sagte Steinmeier. „Es geht um Verantwortung! Um Verantwortung, die wir übernehmen für Menschen, die unsere Hilfe brauchen. Aus Verantwortung entsteht keine Pflicht zur Spendenbereitschaft. Aber doch die Erwartung, sich zu entscheiden. Organspende ist eine Frage der Mitmenschlichkeit! Und die hat Politik möglich zu machen, Hürden abzubauen, wo sie bestehen“, stellte er klar. Jede Bürgerin und jeder Bürger solle für sich eine Entscheidung treffen. Außerdem forderte er eine offene Debatte über das Thema Organspende, die auch in den Schulen intensiv geführt werden müsse. Steinmeier dankte den vielen Initiativen und Vereinen, die sich für eine neue gesetzliche Regelung eingesetzt haben. Außerdem dankte er allen Fraktionen für die gute Zusammenarbeit, das zeige: „Politik nimmt Verantwortung ernst“.

Der fraktionsübergreifende Gesetzentwurf hat das Ziel, mehr Organspender zu gewinnen. Deshalb sollen sich alle Bürger/innen regelmäßig mit ihrer Bereitschaft zur Organspende befassen, schließlich eine Entscheidung treffen und sie dokumentieren.

Konkrete Maßnahmen des Gesetzes:

Die gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen schreiben ihre Versicherten im ersten Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes an. Dabei informieren sie über die Organspende und fordern sie auf, sich im Hinblick auf die Organspendebereitschaft zu entscheiden und diese Entscheidung auf einem Organspendeausweis zu dokumentieren. Danach erfolgt dieses Anschreiben alle zwei Jahre und mit Einführung der elektronischen Gesundheitskarte alle fünf Jahre. Einen Zwang zur Entscheidung gibt es nicht.

Außerdem sollen die Krankenversicherungen über das Verhältnis der Organspendeerklärung zu einer Patientenverfügung informieren.

Die Bundesländer werden verpflichtet, bei der Ausgabe von Ausweisdokumenten Organspendeausweise und Aufklärungsmaterial bereit zu halten. Im Bereich der Bundesbehörden muss vor allem die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung über Organ- und Gewebespenden informieren.

Von 2016 an soll es voraussichtlich möglich sein, die Organspendebereitschaft auf Wunsch der Versicherten auf der elektronischen Gesundheitskarte festzuhalten.

Im Gesetzentwurf der Regierung werden technisch-organisatorische Fragen der Organspende geregelt. Das betrifft die Abläufe in Krankenhäusern, wie die verpflichtende Ernennung von Transplantationsbeauftragten, und die bessere Absicherung von Lebendspendern. Auch in die Erarbeitung dieses Entwurfs war die SPD-Fraktion aktiv eingebunden und wird ihn mittragen. Insgesamt ist mit diesem Kompromiss eine tragfähige Lösung gelungen, die als fraktionsübergreifende Einigung ein starkes Signal für die Förderung der Organspende ist.

AKTUELLE STUNDE

SPD-Fraktion fordert: Praxisgebühr abschaffen

In den letzten Wochen war von den sprudelnden Einnahmen der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und der sich daraus ergebenden Überschüsse bei den Kassen und im Gesundheitsfonds zu lesen. Die vollen Kassen der GKV sind Anlass für einen neuen Streit bei Schwarz-Gelb.

Der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Karl Lauterbach, forderte am 21. März in einer Aktuellen Stunde angesichts der guten Kassenlage der GKV, auf die 10 Euro Praxisgebühr pro Quartal zu verzichten. Sie habe ohnehin die beabsichtigte, steuernde Wirkung – die Senkung der Facharztbesuche – verfehlt. Zusätzlich verursache die Praxisgebühr viel Verwaltungsaufwand auf Seiten der Ärzte und bei den Krankenkassen. Stattdessen soll die hausarztzentrierte Versorgung weiter ausgebaut werden.

Die Praxisgebühr hatte der heutige bayerische Ministerpräsident Seehofer 2003/2004 bei Verhandlungen zur Gesundheitsreform durchgesetzt. Die Union lehnt die Abschaffung der Praxisgebühr ab. Die FDP wirbt aus Wahlkampfaktik in Schleswig-Holstein um die Streichung der „Seehofergebühr“ und stellt sich damit gegen ihren unentschiedenen Gesundheitsminister Daniel Bahr, der diesen Schritt bis Ende des Jahres prüfen will. Das erneute Koalitionschaos geht zu Lasten der Krankenversicherten, die weiterhin die Gebühr zahlen müssen. Lachender Dritter ist Finanzminister Schäuble (CDU), der den gesetzlich Krankenversicherten unterdessen 2 Milliarden Euro zur Konsolidierung des Bundeshaushaltes entwendet.

Die SPD-Fraktion hält den Einheitsbeitragssatz von 15,5 Prozent, den die Bundesregierung für die 140 gesetzlichen Krankenkassen festgelegt hat, für zu hoch. Sie will zur Beitragsautonomie zurückkehren, bei der jede einzelne Krankenkasse ihren Beitragssatz bestimmt. Die unsozialen Zusatzbeiträge müssen dagegen abgeschafft werden.

Wie kam es zu den Überschüssen bei der GKV?

Nach der Regierungsübernahme von Schwarz-Gelb behauptete der damalige Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) Ende 2009, die frühere SPD-Gesundheitsministerin Ulla Schmidt hätte ihm ein Defizit von 10 Milliarden bei den Krankenkassen hinterlassen. Doch schnell stellte sich heraus, dass die gesetzliche Krankenversicherung 2009 ein Plus von 1,4 Milliarden verbuchen konnte. Mit seiner falschen Behauptung begründete Rösler die Einführung der Kopfpauschale. Dazu hat Schwarz-Gelb die Zügel für die Erhebung der Zusatzbeiträge gelockert und die ursprüngliche Deckelung aufgehoben.

Zudem haben Union und FDP den Arbeitgeberanteil eingefroren und künftige Kostensteigerungen allein bei den Versicherten abgeladen. Für einen Pseudosozialausgleich für Geringverdiener, die durch die Zusatzbeiträge zu stark belastet wären, wurden zwei Milliarden aus Steuermitteln bereit gestellt. Im Jahr 2011 hat die Regierung den Beitragssatz kasseneinheitlich um 0,6 Prozent auf 15,5 Prozent angehoben, dabei hat sie sich enorm verschätzt. Denn die gute konjunkturelle Entwicklung ließ die Einnahmen der Krankenkassen steigen. So kam es schließlich zu den Überschüssen, die bei den gesetzlichen Krankenversicherungen und dem Gesundheitsfonds insgesamt bis 2013 auf 20 Milliarden anwachsen sollen.

FAMILIEN

SPD will Lohngerechtigkeit für Frauen durchsetzen

Am 23. März 2012 haben Frauen in Deutschland das Jahreseinkommen erzielt, das Männer bereits zum 31. Dezember 2011 verdient hatten. Das bedeutet, dass Frauen bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit durchschnittlich 23 Prozent weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen. Aus diesem Grund findet seit vielen Jahren der Equal-Pay-Day statt, um auf diese ungerechte Lohnlücke aufmerksam zu machen. Die Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion haben deshalb heute gemeinsam mit dem DGB und dem Deutschen Frauenrat am Brandenburger Tor unter dem Motto „Recht auf mehr!“ ein Zeichen gesetzt.

Deutschland ist Europameister bei der Lohndiskriminierung

Doch 23 Prozent – diese Zahl steht für Diskriminierung von Frauen und Lohndumping auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Zwar hat sich Deutschland 1997 mit der Unterzeichnung des Amsterdamer Vertrags zu Entgeltgleichheit verpflichtet. Doch Frauen bekommen seit Jahren fast 23 Prozent weniger Lohn als Männer für gleiche und gleichwertige Arbeit. Damit ist Deutschland Europameister im Diskriminieren. In keinem anderen europäischen OECD-Land klafft die Lohnlücke weiter und beschämender auf als bei uns. Weder das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, noch tarifliche Regelungen oder freiwillige Vereinbarungen der Wirtschaft haben diese Diskriminierung beendet.

Außerdem müssen 23 Prozent der Beschäftigten in Deutschland für einen Niedriglohn arbeiten, der Großteil davon Frauen. Das belegt eine aktuelle Studie vom Institut für Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen. Die Bundesregierung sieht tatenlos zu. Ministerin Schröder (CDU) wiederholt gebetsmühlenartig ihre Ablehnung von gesetzlichen Maßnahmen. Bei Ministerin von der Leyen (CDU) sieht es nicht besser aus: Auf einen gesetzlichen Mindestlohn warten die Menschen seit Jahrens vergebens. Damit nehmen CDU und CSU die Ungerechtigkeit hin und verweigern sich der Realität.

Denn wer Ordnung auf dem Arbeitsmarkt schaffen will, muss endlich „JA“ sagen zu einem Handeln des Gesetzgebers. Die SPD-Fraktion hat deshalb eine ganze Reihe von gesetzlichen Maßnahmen entwickelt. Im Zentrum steht unsere Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro. Jetzt folgt der nächste konsequente Schritt: Die SPD-Bundestagsfraktion arbeitet an einem Entgeltgleichheitsgesetz. Eckpunkte sind beschlossen, der Gesetzentwurf soll noch in diesem Frühjahr in den Deutschen Bundestag eingebracht werden. Am heutigen Equal Pay Day hat der Bundestag den SPD-Antrag (Drs. 17/5038) erneut beraten. Darin fordern die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Bundesregierung auf, endlich einen Gesetzentwurf zur Durchsetzung von Entgeltgleichheit vorzulegen.

Akteure mit breiten Schultern müssen Lohngerechtigkeit herstellen

Fest steht, dass die SPD-Fraktion mit ihrem Gesetzentwurf einen völlig neuen Weg beschreiten. Bislang ist es Privatsache der Betroffenen, ihr Recht auf gleichen Lohn durchzusetzen. Jede einzelne Frau muss sich im Betrieb und dann möglicherweise vor Gericht selbst dafür einsetzen. Die große Lohnlücke belegt, dass dieser Ansatz gescheitert ist. Die SPD-Fraktion wird deshalb die Durchsetzung von Entgeltgleichheit zur unternehmerischen und gesellschaftlichen Pflichtaufgabe machen.

Unternehmen sollen verpflichtet werden, ihre Entgelte offen zu legen. Sie bekommen zunächst die Gelegenheit, selbst für Ordnung und Gerechtigkeit in ihren Lohnstrukturen zu sorgen. Wenn sich das Unternehmen allerdings verweigert, greifen gesetzliche Regelungen mit Fristen und empfindlichen Sanktionen. Dabei weisen die Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen zivilgesellschaftlichen Akteur/innen wie den Tarifvertragsparteien oder Betriebs- und Personalräten zentrale Rollen zu.

Ungerechte Entlohnung gibt es nicht nur auf betrieblicher Ebene, sondern sie kann auch Folge von Regelungen in Tarifverträgen sein. Deshalb verpflichtet die SPD-Fraktion die Tarifvertragsparteien, in ihrem Verantwortungsbereich ebenfalls für Lohngerechtigkeit zu sorgen.

Auch die SPD-Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn ist eine Maßnahme für Gleichstellung. Denn ein Großteil der Beschäftigten im Niedriglohnssektor sind Frauen. Sie würden überproportional von einem Mindestlohn profitieren. Auch das zeigt die Studie der Universität Duisburg-Essen.

Flankierend hinzu kommen müssen Reformen bei den Minijobs. Der DGB bezeichnet sie zu Recht als Armutsfalle, in der vor allem Frauen eingemauert sind. Das SPD-regierte Nordrhein-Westfalen hat die Initiative ergriffen und einen ersten Vorschlag unterbreitet, mit dem Lohndumping und der systematischen Verletzung von Arbeitnehmer/innenrechten bei den Minijobs ein Ende gesetzt werden soll.

VERBRAUCHER

SPD-Fraktion legt verbraucherpolitische Leitlinien vor

Die SPD-Bundestagsfraktion will die Verbraucherpolitik neu ausrichten. Denn der informierte, immer rationale und selbstbestimmte Verbraucher, von dem die Verbraucherpolitik bislang ausgeht, existiert in der Realität nicht. Deshalb wollen die Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen ihre Politik auf den „realen Verbraucher“ ausrichten und ihn in seinem Alltag abholen. Dazu hat die SPD-Bundestagsfraktion am 6. März Leitlinien für eine sozialdemokratische Verbraucherpolitik beschlossen.

Die Bundesregierung hat kein verbraucherpolitisches Konzept. Auf Fragen zu Grundlagen, Leitbildern und Instrumenten ihrer Politik hat sie keine Antworten. Auf verbraucherpolitische Herausforderungen reagiert Ministerin Aigner (CSU) lediglich mit der Vermehrung von Informationen, dem Verweis auf den „mündigen Verbraucher“ und halbherzige Kampagnen. Deshalb fordert die SPD-Fraktion in einem Antrag (17/8922) die Bundesregierung auf, endlich die Verbraucherpolitik neu auszurichten und eine verbraucherpolitische Strategie vorzulegen. Dazu fand am 22. März eine Debatte im Bundestag statt.

Die Leitlinien für eine Neuausrichtung der Verbraucherpolitik der SPD-Fraktion sehen folgende Maßnahmen vor:

Ein Verbraucher-Check ist notwendig

Die Bundesregierung soll die Auswirkungen jeder Regulierungsentscheidung auf das Verbraucherverhalten und das Funktionieren von Märkten prüfen. Dabei soll sie Erkenntnisse der Verbraucherforschung und der Verhaltensökonomie berücksichtigen.

Passgenaue Maßnahmen zur Stärkung der Verbraucher

Notwendig ist ein intelligenter Mix an geeigneten Maßnahmen, um die Verbraucherinnen und Verbraucher in den unterschiedlichen Märkten zu stärken. Dabei wollen wir auch das Instrument der „verbraucherfreundlichen Voreinstellung“ nutzen, um Verbraucherinnen und Verbraucher zu unterstützen, die keine gut vorbereitete Entscheidung treffen können oder wollen. Zum Beispiel soll bei Online-Flugbuchungen keine Reisegepäckversicherung voreingestellt sein, weil Verbraucherinnen und Verbraucher hierfür häufig bereits versichert sind.

Bewussten Konsum ermöglichen

Die SPD-Fraktion will Verbraucherinnen und Verbraucher in die Lage versetzen, bewusst zu konsumieren. Denn mündiger und selbstbestimmter Konsum bleibt das Ziel sozialdemokratischer Verbraucherpolitik. Deshalb sollen Unternehmen im Rahmen ihrer Geschäftsberichte gesetzlich dazu verpflichtet werden, soziale und ökologische Produktionsbedingungen offen zu legen.

Verbraucherorganisationen stärken

Die SPD-Fraktion will starke Verbraucherorganisationen mit Marktwächter-Funktionen schaffen. Diese sollen überprüfen, ob Hersteller und Dienstleister sich an gesetzliche Regelungen halten. Wenn Verstöße vorliegen, soll der jeweilige Marktwächter mit Hilfe von Muster- und Sammelklagen für die Durchsetzung des geltenden Rechts sorgen.

Verbraucherforschung ausbauen

Ziel der SPD-Fraktion ist eine evidenz- und forschungsbasierte Verbraucherpolitik. Deshalb fordert sie einen Sachverständigenrat für Verbraucherfragen, eine repräsentative Verbrauchererhebung und ein Verbraucherpanel.

Ressortzuschnitt ändern

Der Ressortzuschnitt „Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz“ erscheint wenig geeignet, um den neuen Herausforderungen an eine moderne Verbraucherpolitik gerecht zu werden. Deshalb ist ein Ressortzuschnitt notwendig, der der Verbraucherpolitik einen deutlich höheren und eigenständigen Stellenwert gibt und die in diesem Bereich in verschiedenen Ressorts vorhandenen Kompetenzen zusammenführt.

SPD fordert Finanzmarktwächter bei Verbraucherzentralen

Die Anhörung im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur Einführung eines „Finanzmarktwächters“, hat deutlich gezeigt, dass diese Maßnahme dringend notwendig ist. Die Sachverständigen bestätigten mehrheitlich, dass die von der Regierung getroffenen Maßnahmen nicht ausreichen, um das Vertrauen in den Finanzmarkt wieder herzustellen. Vor allem bestehen nach wie vor Lücken im Finanzaufsichtssystem. Darüber hinaus kommen viele Verbraucherbeschwerden erst gar nicht bis zu dieser Aufsicht.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert, einen „Finanzmarktwächter“ einzusetzen (Drs. 17/8894). Er soll bei den Verbraucherzentralen angesiedelt werden und künftig den Finanzmarkt beobachten, unlautere Praktiken aufspüren und an die Aufsichtsbehörde weitergeben. Darüber hinaus soll er Verbraucherinnen und Verbraucher informieren und aufklären. Die Klagerechte, die Verbraucherzentralen schon heute nutzen, sollen im Rahmen des Konzepts weiterentwickelt werden. Hierzu müssen die Verbraucherverbände finanziell und personell besser ausgestattet werden. Die Stiftung Warentest macht gute Arbeit in der Bewertung von Finanzdienstleistungen. Ein Ersatz für einen Marktwächter und eine schlagkräftige Aufsicht ist sie nicht.

Klagen als Anwalt der Verbraucherinnen und Verbraucher tätig werden.

Auf Zustimmung der Experten traf auch die Einführung eines Online-Portals, auf dem Verbraucherinnen und Verbraucher einen Kontakt- und Informationspunkt von zu Hause aus haben.

Die Anhörung hat vor allem eindeutig belegt: Die Mogelpackung der Koalition, das Budget der Stiftung Warentest anzupassen, reicht nicht aus. Vielmehr brauchen wir eine

Verbraucherstimme, die den Markt beobachtet, Beschwerden erkennt und systematisch weitergibt.

ENTWICKLUNG

Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen effektiver umsetzen

Weltweit leben 1 Milliarde Menschen mit einer Behinderung. Das geht aus dem im Juli 2011 veröffentlichten „World Report on Disability“ der Weltgesundheitsorganisation WHO und der Weltbank hervor. Von diesen Menschen leben etwa 80 Prozent in Entwicklungsländern. Sie haben oftmals einen erschwerten Zugang zu medizinischen Dienstleistungen und Arbeit, sie sind aus vielen Lebensbereichen ausgeschlossen und erfahren gravierende Menschenrechtsverletzungen. Dennoch wurden Menschen mit Behinderungen nicht in den Millenniumsentwicklungszielen erwähnt. Das muss sich ändern.

Regierung verschleppt inklusive Entwicklungszusammenarbeit

2009 hat Deutschland die Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (Behindertenrechtskonvention) ratifiziert und sich damit zu einer inklusiven Entwicklungszusammenarbeit und zur humanitären Hilfe verpflichtet. Bei der Entwicklungszusammenarbeit sollen also die Belange von Menschen mit Behinderung ausdrücklich mitberücksichtigt werden. Sie werden zwar schon seit langem durch einzelne entwicklungspolitische Maßnahmen der Bundesregierung gefördert. Die Umsetzung der Behindertenrechtskonvention, die eine neue Dimension der inklusiven Förderung von Menschen mit Behinderungen national und international vorsieht, verläuft jedoch schleppend.

Die SPD-Fraktion fordert daher in ihrem Antrag „Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit – Behindertenrechtskonvention umsetzen und Entwicklungszusammenarbeit inklusiv gestalten“ (Drs. 17/8926), die Belange von Menschen mit Behinderungen in allen Bereichen der Entwicklungszusammenarbeit als Querschnittsaufgabe zu verankern. So muss bei Neuvorhaben der Entwicklungszusammenarbeit künftig auch geprüft werden, ob diese Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen beitragen. Ein weiterer Schritt wäre es, die Belange von Behinderten in die Millenniumsentwicklungsziele zu integrieren. Hierfür sollte Deutschland seine Mitgliedschaften in allen multilateralen Gremien, wie z. B. den VN oder der EU nutzen.

Eine wirkliche Strategie fehlt

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat erst auf Druck von Zivilgesellschaft und Opposition die internationalen Aspekte in den Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention aufgenommen. Die 2010 von der Bundesregierung angekündigte Strategie für eine inklusive Entwicklungszusammenarbeit wird in ihren Anfängen gerade erst erarbeitet und liegt noch immer nicht vor. Es ist fraglich, ob diese vom gesamten Bundesministerium für Wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ) getragen wird, um zu effektiven Fortschritten zu führen. Bisher wurden auch keinerlei Aussagen zur Finanzierung gemacht.

Die Zuständigkeit für die humanitäre Hilfe war bisher zwischen dem Auswärtigen Amt (AA) und dem BMZ geteilt. Mit der Vereinigung beider Bereiche unter dem Dach des AA ist nun unklar, inwiefern die ersten Ansätze des BMZ weiterverfolgt und ausgebaut werden. Bei der humanitären Hilfe erwähnen weder die „Leitlinien zur Förderung von Maßnahmen der Katastrophenvorsorge im Ausland durch das Auswärtige Amt“ noch das Konzept „Maßnahmen

der entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe“ des BMZ explizit Menschen mit Behinderungen als besonders gefährdete Gruppe.

INNERES

Aufenthaltsrechtlicher Ehegattennachzug: Pflicht zum Spracherwerb erst im Inland

Wer hier lebt, soll Deutsch können. Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion 2005 mit dem damaligen Koalitionspartner Bündnis 90/Die Grünen bundesweit einheitliche Integrationskurse eingeführt. Auch wurde eine Regelung für Migranten geschaffen, die zu ihren Ehegatten nach Deutschland ziehen: Sie sind im Regelfall verpflichtet, nach Ankunft in Deutschland einen Integrationskurs zu besuchen. Dessen Ziel sind Deutschkenntnisse auf dem Niveau B 1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens (GER).

Im Jahr 2007 wurde der Ehegattennachzug auf Druck unseres seinerzeitigen Koalitionspartners CDU/CSU reformiert. Seitdem müssen nachzugswillige Ehegatten schon bei Beantragung eines Visums, also vor der Einreise, einfache Deutschkenntnisse nachweisen. Gefordert wird das – unter dem im Integrationskurs angestrebten Niveau liegende – Niveau A 1 GER.

Ziel war es, Zwangsehen zu verhindern. Doch kritisierten schon damals viele SPD-Abgeordnete die Regelung. Die SPD-Fraktion trug sie im Rahmen eines Kompromisses mit, um eine Bleiberechtsregelung für langjährig Geduldete zu erwirken.

Heute zeigt sich: Es fehlen empirische Belege, dass der Spracherwerb im Ausland Zwangsehen verhindern konnte. Vielmehr sind viele Fälle dokumentiert, in denen es Ehepartnern in freiwillig geschlossenen Ehen langfristig unmöglich ist, die eheliche Lebensgemeinschaft in Deutschland zu leben.

Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion im März 2012 einen Gesetzentwurf (Drs. 17/8921) eingebracht, wonach das Erfordernis des Sprachnachweises vor Einreise aufgehoben werden soll. Allerdings werden die geltenden Regelungen, wonach der nachziehende Ehegatte einen Integrationskurs nach der Einreise nach Deutschland besuchen muss, beibehalten.

VERTEIDIGUNG

Für eine moderne und umfassende Betreuungskommunikation im Einsatz

Die Einsätze der Bundeswehr sind für die Soldatinnen und Soldaten und für ihre Familien eine besondere Herausforderung und Belastung. Im Einsatzland müssen sie alltäglich mit den Risiken des Einsatzes umgehen und komplexe Aufgaben bewältigen. Verstärkt wird die Belastung durch die Trennung von Familien, Partnern und Freunden. Für die Angehörigen der Soldatinnen und Soldaten tritt neben die Herausforderung der räumlichen Distanz auch oft die Angst um den geliebten Menschen.

Der Deutsche Bundestag bekennt sich ausdrücklich zu seiner besonderen Fürsorgepflicht für die Soldatinnen und Soldaten der Parlamentsarmee und ihre Angehörigen. Denen hilft vor allem eine funktionierende Kommunikation – für die Kommunikationsmedien unerlässlich sind. Denn so wiederum wird nicht zuletzt die Motivation für schwierige Einsätze gefördert.

Das ist auch den Fraktionen von SPD, CDU/CSU, FDP und Grünen sehr wichtig. In dem interfraktionellen Antrag „Für eine moderne und umfassende Betreuungskommunikation im Einsatz“ (Drs. 17/8895) fordern sie die Bundesregierung auf,

- die bestehenden Unterkunftsgebäude der Bundeswehr in den Einsatzgebieten flächendeckend mit einer Technologie auszustatten, die die Nutzung von Programmen zur Videotelefonie in entsprechender Qualität in den Unterkünften ermöglicht und das Angebot für die Soldatinnen und Soldaten zu erweitern;
- den Gesamtaufwand für die kostenfreie Nutzung des Internets in den Unterkünften zu ermitteln und ihn dem Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages zeitnah in einem Umsetzungskonzept inklusive einen entsprechendem Finanzierungsvorschlag vorzulegen;
- die für den Betrieb von Internettechnik notwendige Infrastruktur in Zukunft bereits von Beginn an in die Neubauten von Unterkünften zu integrieren;
- geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Privatsphäre der Soldatinnen und Soldaten bei der Nutzung von Videotelefonie in den Gemeinschaftsbereichen zu verbessern;
- den Soldatinnen und Soldaten im Einsatz kostenfrei die Möglichkeit zu geben, nach Deutschland zu telefonieren und die dafür bisher geltende Beschränkung von 30 Minuten aufzuheben.

TOURISMUS

SPD-Fraktion setzt sich für höhere Mobilität von jungen Menschen ein

Kinder- und Jugendreisen leisten einen wichtigen Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung, aber auch zur Bildung und Integration junger Menschen. Durch gemeinsame Reiseerlebnisse werden Toleranz und Verständnis für andere Kulturen geschaffen.

Angesichts der steigenden Zahl von Einzelkindern werden Gruppenreisen immer wichtiger für soziales Lernen. Alle Kinder und Jugendliche müssen dabei unabhängig vom Einkommen der Eltern die Möglichkeit erhalten, durch Reisen wertvolle Erfahrungen sammeln zu können. Doch noch immer verreisen deutlich weniger Kinder aus einkommensschwachen Familien. Die Zahl geförderter Kinder- und Jugendreisen ist zudem rückläufig. So ist ein zentrales Anliegen der SPD-Fraktion, allen Kindern und Jugendlichen die Chance zu geben, durch Reisen am interkulturellen Austausch teilzuhaben.

Darum fordert die SPD-Fraktion die Bundesregierung in dem Antrag „Reisen für Kinder und Jugendliche ermöglichen – Förderung sicherstellen und ‚Aktionsplan Kinder- und Jugendtourismus in Deutschland‘ weiterentwickeln“ (Drs. 17/8924) auf, die finanziellen Zuwendungen für den Ausbau von Jugendherbergen, Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätten im Entwurf des Bundeshaushalts 2013 wieder auf das Niveau von 2011, nämlich fünf Millionen Euro, anzuheben. Es muss gewährleistet werden, dass ausreichend Mittel für neue Vorhaben zur Verfügung stehen.

Bereits im Jahr 2002 hatte die rot-grüne Regierungskoalition den „Aktionsplan zum Kinder- und Jugendtourismus in Deutschland“ beschlossen. Durch diese Initiative wurde eine bundesweite Klassifizierung und Zertifizierung von Kinder- und Jugendunterkünften sowie Gruppen- und

Reiseleitern entwickelt. Ebenfalls wurden Fort- und Weiterbildungsangebote im Bereich Jugendbegegnungen und pädagogische Kinder- und Jugendreisen gefördert.

Damit die Ziele aus dem Aktionsplan effizient verfolgt werden können, muss eine enge Zusammenarbeit von Bund und Ländern stetig gewährleistet sein. Hierfür muss es eine umfassende Analyse der bisherigen Umsetzung geben. Zudem muss auf die Länder eingewirkt werden, eigene Aktionspläne für den Kinder- und Jugendtourismus zu erstellen und umzusetzen.

UMWELT

Kleingruppenhaltung von Legehennen nicht artgerecht

Die Käfighaltung von Legehennen ist mit dem im Grundgesetz festgeschriebenen Staatsziel Tierschutz nicht vereinbar. Auch die Kleingruppenhaltung erfüllt nicht die Anforderungen an eine verhaltensgerechte Unterbringung von Legehennen. Der Großteil der Verbraucherinnen und Verbraucher will, dass die Hennen, die ihre Frühstückseier legen, artgerecht gehalten werden. Darüber hat der Bundestag am 23. März debattiert.

Der Bundesrat hat am 2. März 2012 beschlossen, die Kleingruppenhaltung für Legehennen nur noch bis zum Jahr 2023 zuzulassen und in Härtefällen bis zum Jahr 2025 zu erlauben. Damit soll den betroffenen Haltern entgegengekommen werden. Grundlage für die Übergangsfristen war ein neutrales Gutachten des Kuratoriums für Technik und Bauwesen.

Die Verkündung der Fünften Verordnung zur Änderung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung muss bis zum 31. März 2012 erfolgen, weil die bisherige Regelung dann ausläuft. Sollte die Änderung bis dahin nicht verkündet sein, ergibt sich eine Regelungslücke. Diese müsste durch die Länder geschlossen werden. Dadurch besteht die Gefahr eines Flickenteppichs aus gesetzlichen Regelungen und möglicher Wettbewerbsverzerrungen.

Die nicht artgerechte Haltungsform von Legehennen in Kleingruppen muss beendet werden, um den Bedürfnissen der Tiere gerecht zu werden. Daher fordert die SPD-Fraktion in ihrem Antrag „Kleingruppenhaltung für Legehennen endgültig beenden“ (Drs. 17/9028) die Fünfte Verordnung zur Änderung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung in der vom Bundesrat am 2. März 2012 beschlossenen Fassung umgehend zu verkünden.

ENTWICKLUNG

Freiwilligendienst: Projekt „Weltwärts“ leidet unter unzureichenden finanziellen Mitteln

Am vergangenen Donnerstag brachte die SPD-Fraktion den Antrag „Weltwärts – Ein Freiwilligendienst mit Zukunft“ (Drs. 17/8769) in den Bundestag ein, in dem sie die Bundesregierung auffordert, die finanziellen Mittel für den entwicklungspolitischen Freiwilligendienst „Weltwärts“ aufzustocken. Die Evaluierung des Freiwilligendienstes durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ergab eine zu geringe finanzielle Ausstattung der Entsendeorganisationen, die so einer beständig steigenden Zahl an Bewerbern nicht gerecht werden können.

Im Jahr 2007 wurde der entwicklungspolitische Freiwilligendienst „Weltwärts“ durch das damals SPD-geführte BMZ ins Leben gerufen. So erhielten seit dem Jahr 2008 insgesamt 10.179 junge Menschen zwischen 18 und 28 Jahren die Möglichkeit, einen Freiwilligendienst im Ausland zu absolvieren. Dabei erhöhte sich die Zahl der Freiwilligen von Jahr zu Jahr.

Seitens des BMZ wurden für „Weltwärts“ in den Jahren 2008 bis 2010 insgesamt 84 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Für das Jahr 2010 sollten die finanziellen Ressourcen im Vergleich zu den Vorjahren weiter erhöht werden. Trotz steigender Zahl der Bewerbungen stellte die Bundesregierung statt einer veranschlagten Summe von 40 Millionen jedoch nur 29 Millionen Euro bereit. Aufgrund der deutlich gestiegenen Zahl Freiwilliger mussten die Entsendeorganisationen selbst mehr Eigenmittel einsetzen, um die Nachfrage zu decken.

Auch im Haushaltsjahr 2011 stellte die Bundesregierung lediglich 30 Mio. Euro zur Verfügung. Das schränkte trotz weiter wachsender Nachfrage die finanzielle Entsendekapazität der Organisationen erneut stark ein. Dadurch sank die Zahl der Freiwilligen. Auch für 2012 ist von der Bundesregierung wieder zu wenig Geld eingeplant, um die interessierten jungen Menschen zu entsenden.

„Weltwärts“ leistet einen wichtigen Beitrag zur entwicklungspolitischen Bildung, und deshalb fordert die SPD-Fraktion in ihrem Antrag, dass im Haushaltsjahr 2012 mehr finanzielle Mittel durch Umschichtungen im Etat zur Verfügung gestellt werden, um der stetig wachsenden Bewerberzahl gerecht zu werden. Für das Jahr 2013 fordert die SPD-Fraktion die Bundesregierung auf, die durch das BMZ veranschlagte Mittelerhöhung auf 70 Millionen Euro zu erhöhen. Das ist notwendig, um die Entsendeorganisationen zu entlasten. Auch eine langfristige Finanzierung des Dienstes muss in Aussicht gestellt werden, damit Planungssicherheit gewährleistet werden kann.

EUROPA

Bundesregierung muss offenen Dialog mit Ungarn einfordern

Ungarn ist seit 2004 Mitglied der Europäischen Union und hat damit seinen Platz in der Mitte Europas gefunden. Eine funktionierende europäische Demokratie braucht stabile demokratische Rahmenbedingungen in allen EU-Mitgliedstaaten. Die Fraktionen von SPD und Grünen im Deutschen Bundestag betrachten vor diesem Hintergrund die Entwicklungen der letzten Monate in Ungarn mit großer Sorge. Die ungarische Regierungspartei will sich langfristig politischen Einfluss sichern und betreibt deshalb eine Umwälzung der staatlichen Strukturen.

Das widerspricht dem Verständnis von SPD und Grünen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Beide Fraktionen fordern deshalb in ihrem gemeinsamen Antrag „Ehrlicher Dialog über europäische Grundwerte- und rechte in Ungarn“ (Drs. 17/9032) die Bundesregierung auf, gegenüber der ungarischen Regierung und Ministerpräsident Viktor Orbán endlich deutlich zu machen, dass der Deutsche Bundestag die demokratischen Verhältnisse in Ungarn äußerst unerfreulich findet. Teile der neuen Verfassung und einige Gesetze, beispielsweise das als verfassungswidrig bewertete Mediengesetz, entsprechen nicht den Grundwerten und -rechten der EU. Es soll veranlasst werden, dass die ungarische Regierung einen Bericht über die Vereinbarkeit der neuen Verfassung sowie der verabschiedeten Gesetze mit den Grundwerten und -rechten der EU vorlegt. Dadurch könnte zumindest eine Klärung offener Fragen angestrebt werden. Auch die Europäische Kommission sollte in diesen Prozess miteinbezogen werden.

Seit den ungarischen Parlamentswahlen im April 2010 hat das regierende Parteienbündnis

aus Fidesz und KDNP über 360 Gesetze und eine neue Verfassung verabschiedet. Teile dieser Regelungen stehen im Konflikt mit den europäischen Verträgen sowie mit den europäischen Grundwerten und -rechten. Dazu zählen zum Beispiel das Mediengesetz, die Justizreform sowie das Gesetz über Kirchen und Glaubensgemeinschaften.

Für einen offenen Dialog mit der ungarischen Regierung ist eine solide Gesprächsgrundlage notwendig. Unterschiedliche Informationen, fehlerhafte Berichterstattung und auch Unkenntnis führen zu Missverständnissen. Ein unabhängiger Bericht über die Vereinbarkeit der neuen ungarischen Rechtsordnung mit den Grundwerten und -rechten der EU sollte daher im Interesse Ungarns und der EU sein.

AUSSEN

Kolonialverbrechen: Versöhnungsinitiative mit Namibia muss voran getrieben werden

Bis heute ist die blutige Niederschlagung des Aufstands von namibischen Volksgruppen im Bewusstsein der Menschen des Landes verankert. Dieses Verbrechen verübten vor mehr als einhundert Jahren die deutschen kaiserlichen Kolonialtruppen. Es starben Zehntausende Menschen und, während des Krieges und danach wurde fast die gesamte Herero-Bevölkerung ausgelöscht.

Im Jahr 2004 reiste die damalige Entwicklungsministerin Heide Wieczorek-Zeul zum 100-jährigen Gedenken an die Opfer dieser unvorstellbaren Gräueltaten nach Namibia und bat die Nachfahren um Vergebung für die damals begangenen Taten. Sie betonte, dass die Deutschen sich zu ihrer historisch-politischen, moralisch-ethischen Verantwortung und zu der Schuld, die Deutsche damals auf sich geladen haben, bekennen. Im Anschluss an die Reise beschloss die rot-grüne Bundesregierung, die Leistungen innerhalb der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu verdoppeln. Außerdem wurde eine Versöhnungsinitiative ins Leben gerufen, für die zusätzlich 20 Millionen Euro bereitgestellt wurden. Diese Initiative ist jedoch ins Stocken geraten.

Deshalb fordert die SPD-Fraktion in ihrem Antrag „Die Beziehungen zwischen Deutschland und Namibia stärken und unserer historischen Verantwortung gerecht werden“ (Drs. 17/9033), dass ein intensiver Dialog mit namibischen Volksvertretern sowie Angehörigen der Opfer stattfindet und die Versöhnungsinitiative auf neue Beine gestellt wird. Die Initiative sollte zum Jugend- und Kulturaustausch zwischen beiden Ländern dienen. Darüber hinaus muss den Nachfahren der Opfer bei einer Verbesserung ihrer Lebensbedingungen geholfen werden. Hieran schließt sich auch eine nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Namibia an.

International sollten die namibischen Bemühungen zur Aufnahme in den UN-Menschenrechtsrat unterstützt und die Beziehungen zu Namibia auf EU-Ebene intensiviert werden. Aber auch national muss etwas für die Aufarbeitung der Kolonialvergangenheit getan werden. So sollte geprüft werden, ob auf Bundesebene die Einrichtung einer mit diesem Thema betrauten Stiftung initiiert werden kann.

GEBURTSTAG

Egon Bahr wird 90 Jahre alt

Was für ein schöner Sonntag! Nicht nur ein neuer Bundespräsident ist gefeiert worden, sondern auch ein großer Geburtstag: SPD-Legende Egon Bahr feierte am 18. März sein 90. Wiegenfest. SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier würdigt insbesondere Bahrs diplomatisches Geschick: „Egon Bahr war und ist keiner, den es in seiner politischen Laufbahn zwanghaft ins Rampenlicht gedrängt hat. Er ist bis heute kein Mann der lauten Worte und großen Reden, aber schon immer ein Meister des diplomatischen Spiels, einer der mit Nüchternheit und Raffinesse Geschichte geschrieben hat.“

Steinmeier weiter: „Die mit Egons Namen verbundene Entspannungspolitik der 70er-Jahre des letzten Jahrhunderts hat den Weg zur deutschen Einheit geebnet. Und die Formel vom Wandel durch Annäherung ist heute ein Synonym für eine kluge Außenpolitik, die es schafft, Brücken über ideologische Gräben zu schlagen. Wir sind froh, jemanden wie ihn als Freund und Ratgeber in unseren Reihen zu wissen.“

Von 1972 bis 1990 war Egon Bahr Mitglied des Deutschen Bundestages. Er war von 1972 bis 1974 Bundesminister für besondere Aufgaben und von 1974 bis 1976 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

VERANSTALTUNG

Steinmeier beim italienischen Industrieverband: „Ein starkes Europa nicht ohne ein starkes Italien“

SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier hielt an diesem Freitag eine Rede beim Kongress der Confindustria, dem führenden italienischen und dem größten europäischen Industrieverband. Thema war der künftige Wachstumskurs Europas. Am Rande des Kongresses in Mailand traf sich Steinmeier zu Gesprächen mit dem neuen „Super“-Minister Corrado Passera und Emma Mrchegaglia, der Präsidentin der Confindustria.

„Italien führt unter der Regierung Monti in beeindruckendem Tempo und mit großer Entschlossenheit Reformen und Umstrukturierungen durch. Die Disziplin und Entschlossenheit, mit der die Menschen in Italien diesen harten Weg mitgehen, verdienen unseren Respekt und Anerkennung“, so Steinmeier.

Der SPD-Fraktionschef ist überzeugt: „Europa als Ganzes muss Stabilität zurückgewinnen. Deutschland als größtes Land und als stärkste Wirtschaft hat größtes Interesse daran: Denn es kann Deutschland nicht gut gehen, wenn es Europa schlecht geht. Und ein starkes Europa kann es nicht ohne ein starkes Italien geben“. Er ergänzte: „Einen starken Euro kann es nicht ohne eine gesunde italienische Wirtschaft geben! Italien ist nicht Peripherie, sondern Herz Europas.“

Die deutsche Sozialdemokratie sei überzeugt, dass der Weg zur Stabilisierung dieser Union nicht allein über Kontraktion der staatlichen Haushalte, sondern vor allem auch über neues Wachstum führt. „Ich bin froh, dass wir deutschen Sozialdemokraten mit dieser Überzeugung nicht alleine sind. Ich weiß, dass in Italien insbesondere viele Unternehmen genauso denken.“

Weitere Informationen gibt es auch hier:



www.spdfraktion.de/facebook



www.spdfraktion.de/googleplus



www.spdfraktion.de/twitter



www.spdfraktion.de/youtube



<http://www.spdfraktion.de/flickr>